

Gedanken zu Krieg und Frieden

Seit einem Jahr herrscht Krieg in der Ukraine.

Service

Einführung digitaler Endgeräte | Corona-Test für Schüler*innen und Beschäftigte | A13 / E13 | Termine

Die letzte Seite

Neue Broschüre für Pädagogische Mitarbeiter*innen | 15 Vorschläge gegen den Lehrkräftemangel

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Bezirksverband Hannover



// Berliner Allee 18

Informationen aus dem Bezirk Hannover

Nr. 1 / 2023 - 6. Jahrgang

Ausgequetscht wie eine Zitrone

Zur Studie der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel

von Peter Lilje

Die vor ein paar Wochen veröffentlichten Empfehlungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) der KMK hat in den Schulen zu Recht für Unverständnis und Empörung gesorgt. Uns haben dazu zahlreiche mündliche und schriftliche Rückmeldungen von Kolleg*innen erreicht. Obwohl die Kommission das Adjektiv „wissenschaftlich“ im Namen trägt, disqualifiziert sich ihre Studie in den Teilen, in denen es direkt oder indirekt um die Arbeitszeit von Lehrkräften geht, schon allein dadurch, dass sie die Befunde der Arbeitszeit- und Belastungsstudie der Uni Göttingen sowie deren Nachfolgestudien in anderen Bundesländern offenbar schlichtweg ausblendet.

Die SWK-Studie zeigt zunächst deutlich den dramatischen Umfang des akuten und voraussichtlich Jahrzehnte anhaltenden Lehrkräftemangels auf und betont die daraus resultierenden katastrophalen Folgen für Bildungsqualität und Bildungserfolg – auch und gerade für diejenigen, die in unserer Gesellschaft besonders benachteiligt sind. Es ist jedoch die Verantwortung der Politik, die Warnungen u. a. der GEW ignoriert und somit sehenden Auges das Bildungssystem in diese desaströse Situation geführt zu haben. Das Ansinnen, dieses Problem nun auf dem Rücken der Kolleg*innen in den Schulen lösen zu wollen, stellt eine unzulässige Verschiebung von Verantwortung dar.

Ausgehend von der nachvollziehbaren These, dass der Lernerfolg wesentlich davon abhängig ist, dass im Rahmen von Unterricht qualifizierter Lehrkräften Lernzeit in angemessenem Umfang zur Verfügung steht, spricht die SWK

Empfehlungen aus, die am Ende darauf zielen, die Unterrichtsverpflichtung durch simple Anhebung (auch in Form von Arbeitszeitkonten) oder Arbeitsverdichtung und Umschichtungen von Tätigkeiten zu erhöhen. Sie nennt dies beschönigend „Erschließung von Beschäftigungsreserven bei qualifizierten Lehrkräften“ – als ob solche „Reserven“ überhaupt vorhanden wären und die Kolleg*innen nur aus Jux und Dollerei vorzeitig in Ruhestand oder in Teilzeit gingen.

Abgesehen davon, dass es vielleicht tatsächlich Reserven bei Teilzeitbeschäftigten gäbe, wenn ihnen bei der Koordinierung von Sorge- und Erwerbsarbeit mehr Verlässlichkeit und Beachtung ihrer

“ **Als ob solche „Reserven“ überhaupt vorhanden wären und die Kolleg*innen nur aus Jux und Dollerei vorzeitig in Ruhestand oder in Teilzeit gingen.**

Bedürfnisse bspw. im Hinblick auf deren ortsgebundene Arbeitszeit entgeggebracht würde: Die hohe

Quote von Teilzeit aus anderen Gründen ist für viele reiner Selbstschutz, weil die Arbeitsbedingungen in Schule systematisch zur Überbelastung tendieren. „Die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit zu begrenzen“, könnte daher sehr schnell den Bumerang-Effekt haben, dass weniger Stunden im System bleiben, weil (Langzeit-)Erkrankungen und Frühpensionierungen noch weiter zunehmen – und die Attraktivität des Berufs noch weiter abnehme. Resilienzsteigerung allein reicht nicht. Die Arbeitsbedingungen müssen endlich so gestaltet werden, dass Vollzeit gesund und zufrieden gearbeitet werden kann.

Sollten weitere Empfehlungen der SWK umgesetzt werden, verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen zusätzlich.

Weiter auf Seite 2

$$\mathbf{v} = \mathbf{v}_1 + \mathbf{v}_2$$

$$\mathbf{v}_1 = k(\mathbf{k} \cdot \mathbf{v})$$

$$\mathbf{v} = -\mathbf{k} \times (\mathbf{k} \times \mathbf{v}) = \mathbf{v} - k(\mathbf{k} \cdot \mathbf{v})$$

Gedanken zu Krieg und Frieden

Fortsetzung von Seite 1:

Hinter Stichworten wie „Flexibilisierung durch Hybridunterricht, Erhöhung der Selbstlernzeiten sowie Anpassung der Klassenfrequenz“ verbergen sich die weitere Verdichtung von Arbeit durch gleichzeitiges Unterrichten von zwei Kursen (einer im Klassenraum, der andere online dazugeschaltet), Nichtanrechnung von Anteilen der Unterrichtsstunden nach Stundentafel auf die Unterrichtsverpflichtung sowie die Erhöhung der Anzahl von zu unterrichtenden Schüler*innen pro Lehrkraft – samt der dazugehörigen unterrichtsnahen und pädagogischen Tätigkeiten.

Selbst solche Vorschläge, die zunächst nach Entlastung klingen, zielen im Kontext dieser Studie darauf ab, die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung (i. S. einer angeblichen Konzentration aufs sog. „Kerngeschäft“ von Lehrkräften) zu legitimieren: Außerunterrichtliche Tätigkeiten sollten vorrangig von Kolleg*innen mit Altersermäßigung übernommen werden – auch Tätigkeiten, für die Lehrkräfte sonst Anrechnungstunden erhielten? Einsatz von sog. Assistentenkräften selbst für unterrichtsnahen Tätigkeiten wie Korrekturen: Dann kann ich ja wohl mehr Schüler*innen und mehr Kurse unterrichten?

Damit das Ganze auszuhalten ist, empfiehlt die SWK – nun ja – „Achtsamkeitstrainings“ und andere individuelle gesundheitsfördernde Maßnahmen. Das ist an Zynismus kaum zu überbieten. Schreibt die SWK doch zuvor: „Auch die Arbeitsbedingungen bleiben ein zentrales Thema, die zudem in den Medien oft negativ dargestellt werden“.

Die niedersächsische Kultusministerin zeigt sich (noch) zögerlich, den „Giftschrank“ zu öffnen. Ob sie einem zunehmenden öffentlichen Druck standhält, bleibt abzuwarten.

Übrigens hat auch die GEW überlegt, wie dem Lehrkräftemangel zu begegnen ist: Auch hier steht an erster Stelle „Arbeitszeitreserven heben“ – sie empfiehlt allerdings das völlige Gegenteil, nämlich u. a. Senkung der Arbeitszeit, kleinere Klassen, mehr Ausgleichsstunden.

von Isabel Rojas Castañeda

Der Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist ein Jahr her und was zunächst nicht vorstellbar schien, ist Realität: ein Krieg in Europa und Deutschland liefert Waffen.

Zu diesem Anlass haben Sarah Wagenknecht und Alice Schwarzer ein ‚Manifest für den Frieden‘ geschrieben. Und wer will das nicht? Frieden.

Wenn man das Manifest von Wagenknecht und Schwarzer liest, klingt Frieden ganz einfach: Keine Waffenlieferungen mehr an die Ukraine und Verhandlungen mit Putin. Was das aber in der Konsequenz bedeutet, wird ausgespart. Schlimmer noch, es wird so getan, als hätte der ukrainische Präsident irgendwelche verborgenen, taktischen Ziele. Dass Putin aber derzeit nicht verhandlungsbereit ist und nach wie vor das Ziel verfolgt, die Ukraine einzunehmen bzw. zu vernichten, bleibt unerwähnt.

Die Waffenlieferungen dienen der Ukraine zur Verteidigung. Der Verzicht auf Waffen bedeutet, dass die Ukraine sich nicht wird verteidigen können und von Russland besetzt wird. Aber ist das Frieden? Die systematische Folter und Gewalt durch russische Soldaten an der Bevölkerung in der Ukraine in eroberten bzw. überfallenen Gebieten lässt Schlimmes befürchten.

Und wenn man das in Kauf nimmt, stellt man die Souveränität von Ländern, Völker-

recht, Menschenrecht und das Recht auf Verteidigung hinter die Abwesenheit von kriegerischen Auseinandersetzungen.

Wagenknecht und Schwarzer begründen ihre Friedensstrategie mit der Gefahr eines Atomkriegs. Und auch das will niemand.

Wenn man aber glaubt, dass Verhandlungen derzeit diesen Krieg beenden können, muss man auch an die Möglichkeit der Verständigung und die Vernunft glauben. Und man muss die Ziele und Drohungen der einzelnen Akteure politisch abwägen und bewerten.

1994 hat die Ukraine alle Atomwaffen abgegeben und im Gegenzug Sicherheitsgarantien von den Atommächten, auch Russland, erhalten (vgl. Budapester Memorandum von 1994). U.a. gehört dazu die Anerkennung der Grenzen und der Souveränität. Was als Erfolg gefeiert wurde, wird von Putin heute mit Füßen getreten. Dem nachzugeben, bedeutet auch gemeinsame Friedensgrundsätze zu verkaufen und sich erpressbar zu machen.

So diffus wie die Analyse, ist auch das Ziel von Wagenknecht und Schwarzer. Es überrascht darum auch nicht, dass sich ihrer Friedens-Demo auch Rechtsradikale anschließen. Die Melange erinnert ein wenig an die Corona-Demos und die Logik auch: Wenn man sich nicht verteidigt, gibt es auch keinen Krieg.



// Einführung digitaler Endgeräte

Die Landesregierung plant laut Ministerin Hamburg nicht, den Primärbereich bei der Ausstattung mit digitalen Endgeräten zu berücksichtigen. Explizit wird es um weiterführende Schulen (zunächst ab Klasse 8) gehen. Aktuell sollten die Schulen, so die Ministerin, ohne vom Land finanzierte Schülerendgeräte planen. Die Landesregierung bemühe sich, im Fortsetzungsprogramm zum DigitalPakt die Beschaffung von Schülerendgeräten vorzusehen.

// Corona-Tests für Schüler*innen und Beschäftigte

Die Landesregierung hat die Beschaffung von Schnelltests für die Schulen bis zum 31. März verlängert (Pressemitteilung der Staatskanzlei vom 12.12.2022). So stehen den Schüler*innen und Beschäftigten zwei Tests pro Woche pro Person für freiwillige sowie anlassbezogene Tests zur Verfügung.

// A 13/E 13: „Keine Hinhaltenaktik!“

In ihrem Brief zum Jahresende kündigte die Ministerin Hamburg an, dass mit der Erhöhung der Besoldung/Bezahlung in diesem Jahr nicht zu rechnen sei. Die GEW Niedersachsen reagierte umgehend mit Statements in den Medien und verurteilte die politische Hinhaltenaktik scharf:

„Die Erwartungshaltung in den Grund-, Haupt-, Real- und Oberschulen ist riesig, endlich die gleiche Bezahlung wie an den übrigen Schulformen zu erhalten. Dass Kultusministerin Julia Willie Hamburg nun an die Schulen geschrieben hat, 2023 werde es wohl keinen Schritt zu A 13 und E 13 für die betroffenen Lehrkräfte geben können, ist schlicht inakzeptabel. Die schnellstmögliche Umsetzung war angekündigt und gerät nun außer Sicht. Wir fordern jetzt einen konkreten Einstiegstermin und keine Hinhaltenaktik. Ansonsten könnte Niedersachsen bei der Lehrkräftegewinnung noch weiter zurückfallen“, so der GEW-Landesvorsitzende Stefan Störmer.

// Mehr Schulanfänger*innen

Die Zahl der Schulanfänger*innen ist zu Beginn des laufenden Schuljahres gegenüber dem Vorjahr um 5,2 Prozent (40.000) auf 810.700 Schüler*innen gestiegen. Das ist der höchste Wert seit 17 Jahren. Niedersachsen schulte 81.100 Kinder ein - 8,7 Prozent mehr als im Vorjahr (Pressemitteilung 473 vom 11. November 2022 und unter www.destatis.de).

// Unterrichtsversorgung in Niedersachsen: neuer Tiefpunkt bei 96,3 Prozent

Die Unterrichtsversorgung in Niedersachsens Schulen sinkt weiter und hat mit 96,3 Prozent einen erneuten Tiefpunkt erreicht, was die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) schärfstens kritisiert. Vor einem Jahr lag sie bei durchschnittlich 97,4 Prozent. In den Hauptschulen liegt der aktuelle Wert bei sogar nur noch 91,8 Prozent, an den Förderschulen bei 91,2 Prozent. Damit dauerhaft alle Unterrichtsstunden stattfinden könnten, braucht es nach Überzeugung der GEW dagegen eine Unterrichtsversorgung von rund 107 Prozent. Insgesamt fehlen in Niedersachsen nach Berechnungen der Bildungsgewerkschaft rund 10.000 Schulbeschäftigte. Auch die Einstellungszahlen zum 1. Februar 2023 sind im Vergleich zum Vorjahr noch einmal

schlechter geworden. Von den neu ausgeschriebenen Stellen konnten lediglich rund 70 Prozent besetzt werden. Zu den beiden vorherigen Einstellungsterminen im Jahr 2022 waren es jeweils rund 80 Prozent. Die GEW hatte bereits diese schlechten Werte schärfstens bemängelt.

Der Trend bei den Neueinstellungen ist katastrophal. Gerade einmal 941 von 1.335 Stellen konnten aktuell besetzt werden. Auch hier gilt: Die Landesregierung muss sofort eine Investitionsoffensive starten, um die Arbeitsplätze in den Schulen wieder attraktiver zu machen.

+++ Termine +++ Termine +++

Save the date: Der GEW Bezirksverband Hannover bietet vom **15. bis 16. Mai 2023 eine Personalräte-Schulung zum Thema Tarifrecht** und vom **27. bis 28. September 2023 eine Personalräte-Schulung zum Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz** in der Heimvolkshochschule Springe an.

Weitere Informationen und alle Unterlagen zur Anmeldung gibt es in Kürze unter: www.gew-bvhannover.de



Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in Schule

17. April 2023 | 16:00 bis 18:00 Uhr | online
Gebühr: 0,00 Euro | Leitung: Landesausschuss Queer
Anmeldung unter oldenburg@aul-nds.de

Material: Broschüre „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in Schule“, abrufbar im Mitgliederbereich der GEW Niedersachsen unter www.gew-nds.de/publikationen.

Das Thema ‚Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt‘ ist in vielen Schulen weder im Unterricht noch in der Wahrnehmung vieler Kolleg*innen präsent. Doch immer deutlicher wird, dass ‚schwul‘ nicht nur ein immer noch verwendetes Schimpfwort ist, sondern auch viele Menschen in der Schule persönlich betrifft und dass z.B. trans* Jugendliche auch im Schulalltag mit vielfältigen Problemen zu kämpfen haben.

Zum Einstieg setzt sich das Seminar mit den Lebenswirklichkeiten lesbisch, schwuler, bi, inter und trans* Jugendlicher auseinander und definiert das häufig verwirrende Vokabular.

Darüber hinaus soll vermittelt werden, warum ein diskriminierungsfreier Umgang mit LSBTIAQ*- Schüler*innen als eine Chance für eine verbesserte Lernumgebung und damit auch für ein besseres Lernen betrachtet werden kann: Wie können wir als Beschäftigte in Schule auf das Coming-out von Jugendlichen reagieren? Was ändert sich mit dem Coming-out im Schulalltag? Und was bedeutet das Coming-out für Klassenfahrten und die Ausstellung von Zeugnissen?

Das Seminarangebot bietet zu diesen Themen Grundlagenwissen an und zeigt mit Hilfe von Fallbeispielen Handlungsmöglichkeiten auf.

Die neue Broschüre für Pädagogische Mitarbeiter*innen an Grundschulen und im Ganztag ist da!

Wir freuen uns über die Fertigstellung der neuen PM-Broschüre.

Die Schullandschaft unterlag in den vergangenen Jahren z.T. sehr großen Veränderungen. Aus dem Ergebnis längerer und zusätzlicher Betreuungszeiten der Kinder und Jugendlichen resultiert ein höherer Personaleinsatz der Pädagogischen Mitarbeiter*innen.

Die Pädagogischen Mitarbeiter*innen werden inzwischen auch an weiterführenden Schulen als Landesbedienstete beschäftigt. Der große Teil von ihnen ist weiterhin im Primarbereich in verschiedenen Bereichen eingesetzt. Die Aufgaben der Kolleg*innen sind sehr vielfältig und reichen von der Betreuung der Kinder, der Vertretung erkrankter Lehrkräfte über Aufsichtsführung bis hin zu eigenständigen Angeboten.

Die neue Broschüre gibt einen Überblick über die Arbeitsbedingungen und den

Einsatz der Pädagogischen Mitarbeiter*innen an Grundschulen, allgemeinbildenden Schulen und im Ganztag und soll den Kolleg*innen Mut machen, ihre eigenen Rechte und Pflichten selbstbewusst zu vertreten.

Mit dieser Broschüre, themenbezogenen Fachtagen, Personalversammlungen und Schulungen möchten wir Sicherheit im Umgang miteinander im Schulalltag schaffen, dazu anregen sich mit den eigenen Beschäftigungsverhältnissen auseinanderzusetzen und darüber auch in den Austausch mit den Kolleg*innen zu kommen.

Viel Spaß beim Durcharbeiten!



Die Broschüre kann im Bezirksverband Hannover der GEW Niedersachsen (gew@gew-hannover.de) bestellt werden.

GEW-Mitglieder erhalten die Broschüre kostenlos. Nichtmitglieder können die Broschüre gegen eine Schutzgebühr von 5 € erwerben.



15 Vorschläge gegen den Lehrkräftemangel

Die GEW-Bundesebene hat fünfzehn Vorschläge an die Politik gerichtet, um dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken. Die Seite enthält auch eine Übersicht, in welchen Bundesländern der Fachkräftemangel besonders hoch ist. Eine sichergestellte Versorgung ist für kein Bundesland festzustellen. Sie sind zu finden unter www.gew.de/15-punkte-gegen-lehrermangel

Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in Schule

Um Diskriminierung und Mobbing aufgrund sexueller und geschlechtlicher Vielfalt an den Schulen in Niedersachsen entgegenzuwirken, müssen auch queere Lebensweisen dort sichtbar sein. Diese Broschüre vermittelt Grundlagen und zeigt anhand konkreter Fallbeispiele Handlungsempfehlungen auf.

Die Broschüre kann in der Landesgeschäftsstelle der GEW Niedersachsen für 2,50 Euro bei Helga Bayer (h.bayer@gew-nds.de) bestellt werden. Kostenloser Download (nur für Mitglieder) unter: www.gew-nds.de



//Berliner Allee 18 ist eine Publikation des GEW-Bezirksverbandes Hannover

V.i.S.d.P.: Peter Lilje
Redaktion: Sabine Banko-Kubis,
Dr. Monika Brinker, Ewa Kucmann und
Isabel Rojas Castañeda

GEW Bezirksverband Hannover
Berliner Allee 18
30175 Hannover

Telefon: 0511 662015
E-Mail: gew@gew-hannover.de

Bildung. Weiter denken

